

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

52 (2.3.1907) Erstes Blatt



# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Einlage täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Zulsenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144.  
Erschienen der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 52.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 2. März 1907.

27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

## Von der „ausländigen“ Presse.

Die Entwicklung des Zeitungswesens hat dahin geführt, daß eine große Anzahl kapitalistischer Blätter teils von Finanz- und Unternehmergruppen „alimentiert“, das heißt durch Zuwendungen verschiedener Art unterstützt und unterhalten wird, teils direkt in die Hände solcher Interessentengruppen gelangt ist. Natürlich werden diese Kontributionen nicht alljährlich Behntausende, manchmal sogar Hunderttausende von Mark auf — nur um für die „nationale Ehre“ Deutschlands, für die Erhaltung der „patriotischen Stimmung“, die „Sittlichkeit des Familienlebens“ oder dergleichen zu kämpfen. Der Zweck, den die hohen Herren von Wammons Gnaden mit ihren Unterhaltungen und „patriotischen“ Opfern verfolgen, ist ein anderer. Das von ihnen unterhaltene Blatt hat sich in den Dienst ihrer Interessen, ihrer Geschäftspolitik zu stellen und für diese die sittlich-nationale Verdrängung zu liefern; es hat ferner solche sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, welche die finanziellen oder industriellen Profite der betreffenden Clique beeinträchtigen könnten, und es hat drittens unausgesetzt die Sozialdemokratie zu verächtlichen und zu verleumdenden. Wird diese Arbeit von den Redaktionen nach Wunsch der Interessenten geleistet, dann können die hochverehrten Herren sehr generös sein. Herr Bronsbein, der Leiter der Post, bezog z. B. unter dem Vorwand der höchst minimalen Leistungen, trotz der länderübergreifenden Unterbilanz des Blattes, ein Gehalt von über 18 000 Mk. Der Kampf für die nationale Stimmung rentiert sich also.

Die Nachfrage dieser Pressebesitzer nach Verleumdungskartell und Notizen gegen die Sozialdemokratie hat zur Gründung und Herausgabe allerorts antisozialdemokratischer Korrespondenzen geführt. Wichtig ist die Antisozialdemokratische Korrespondenz zu nennen, die mit Unterstützung hoher Offiziere von Herrn Max Lorenz, einem früheren Redakteur der Leipziger Volkszeitung, herausgegeben wird, der sich in rätischer Reihenfolge vom Sozialdemokraten zum Nationalsozialisten und schließlich zum Philosophen des Konservatismus durchgemauert hat. Was die Sache angeht, so steht dieses Ergebnis der modernen Zeitungsliteratur doch immerhin noch auf einem verhältnismäßig hohen Standpunkt, da trotz seiner eigenartigen, modernen Entwicklung Herr Lorenz sich noch etwas Wohlstandspfehl bewahrt hat. Viel tiefer als diese Korrespondenz steht die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie — der Leiter dieses Verbandes ist bekanntlich der Generalmajor von Liebert — herausgegebene Verleumdungs-Korrespondenz, die, wie der letzte Geschäftsbericht dieses laubenden Verbandes mitteilt, regelmäßig an 1275 deutsche Zeitungen verandt und, da der Abdruck von Notizen aus dieser Reichs-Dresspfeife nichts kostet, von einem großen Teil dieser Blätter, bei dem das Reichsblatt nicht ausgenommen ist, ernstlich benutzt wird. Vornehmlich die kleine konservative Kreis- und Landratspresse bezieht aus dieser Korrespondenz einen großen Teil ihrer politischen Kraft.

Mit diesen beiden Spezialkorrespondenzen ist jedoch die Verleumdungsmaschine nicht erschöpft. Die ganze Nachfrage der oben charakterisierten Unterhaltungs- und antisozialdemokratischen Notizen hat die Herausgeber einiger Berliner Korrespondenzen, die sich früher hauptsächlich mit der Berichtserstattung über lokale Vorfälle, mit Sport- und sozialpolitischen Angelegenheiten befaßten, dazu bewegen, sich ebenfalls mehr oder weniger mit der Produktion von antisozialdemokratischen Verleumdungsnotizen zu beschäftigen. Warum auch nicht? Während die Lokal- und sozialpolitischen Mitteilungen oft wenig Beachtung finden, können die Verleumdungen über sozialdemokratischen Terrorismus, gewerkschaftliche Unterdrückungen oder Segelgelaue des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf höheren massenhaften Abdruck in der kapitalistischen Presse rechnen; sie bringen also etwas ein — und schließlich ist es doch durchaus nicht schwerer zu erfinden, daß in der Müllerstraße ein Dienstmädchen aus dem Fenster gestürzt ist, als daß in einem Weinlokal des Westens Bebel fünf Flaschen „Senseltrinken“ getrunken oder Wolfenbüttel in den Wammonen-Raufan gelangt hat. Im Gegenteil, die Maschinerie ist viel begemmer und leichter. Nötig ist dazu nur etwas Erfindungsgabe und das Studium der Parteimachrichten, Verleumdungsberichte und der gewerkschaftlichen Notizen einiger größerer Parteiblätter. Daneben wird mit ganz besonderer Vorliebe das Mittelungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins benutzt. Es ist z. B. in einem dieser Blätter, daß der letzte Sozialabend schlecht besucht war, so steht sich der Herausgeber solcher Korrespondenzen hin und schreibt etwa folgende Notiz:

Die Erbitterung der „Genossen“ über das Treiben der Herren Obergewissen, der wohlhabenden Parteifunktionäre, schlägt immer höhere Höhen. Die einseitigen Elemente des Arbeiterverbandes haben es satt, den feindseligen Parteiführern fernerhin ihre schwererarbeiteten Groschen zur Verfügung zu stellen. Sie streifen. Die letzten Zahlende waren, wie das Mittelungsblatt des Berliner Aktionsausschusses wider Willen gegeben muß, bereits sehr schlecht besucht, und

die um ihre schönen Einkünfte besorgten Herren Funktionäre fordern ihre Herde mit den üblichen Kraftproben auf, sich künftig zahlreicher einzustellen usw.

Am nächsten Tage steht diese perfide Stillübung in der betreffenden Korrespondenz, und nach einigen weiteren Tagen findet man sie im größten Teile der kapitalistischen Presse von der Nationalzeitung bis zur Post und der Deutschen Tageszeitung. Da jedes dieser Blätter für die Aufnahme zu zahlen hat, so macht der Verfasser der Verleumdungsnotizen ein schönes Geschäft, das ihn zu weiteren Betätigungen auf diesem Gebiete der Sittlichkeitsrettung anfeuert. Nach einigen Tagen liest er, der Vorstand des und des Wahlvereins hätte eine Erhöhung der Vereinsbeiträge um 10 Pfg. pro Monat vorge schlagen. Ein gefundenes Fressen! Begeistert nimmt der Herausgeber der Korrespondenz wieder seine Feder zur Hand und schreibt:

Die sozialdemokratische Kriegskasse ist durch den letzten Wahlkampf völlig erschöpft. Die Wahlflugblätter und die Reisen der Herren Agitatoren haben ein Geldvermögen gekostet, denn bekanntlich wissen die Wahlredner, auch die dritten, vierten Ranges, die Annehmlichkeit eines guten Hotels und eines reichhaltigen Soupers zu schätzen. Sie folgen darin ihren großen Vorbildern Singer und Bebel, die, wie festgehalten worden ist, kürzlich in einem feinen Weinlokal des Westens des Kaisers Geburtstag mit Campagner gefeiert haben. Es ist also nötig, die Kriegskasse wieder zu füllen. Der Arbeiter soll aufs neue geschöpft werden usw.

So wirds gemacht. Hat man einige Zeit dieses Treiben verfolgt, kann man beinahe mit Sicherheit voraussetzen, in welcher aufgeputzten Form eine Notiz, die in irgend einem anderen Parteiblatt gestanden hat, in den darauffolgenden Tagen durch gewisse Blätter von der Qualität der Post, Nationalzeitung, Staatsbürgerzeitung, Täglichen Rundschau usw. laufen wird.

Besonders haben sich in letzter Zeit die Verfasser solcher Notizen darauf verlegt, sogenannte „Beispiele“ von sozialdemokratischem Wahlerrorismus oder von Selbstverleumdungen durch gewerkschaftliche Massenbeamtete zu fabrizieren. Zur Illustration der Maschinerie folgende Probe dienen:

In Nr. 62 der Kreuzzeitung heißt es:

— Ah, aus vielen Gegenden Deutschlands kommen Klagen über sozialdemokratische Agitatoren bei den letzten Wahlen. Viele Geschäftsleute wurden durch vorsichtige, aber verständliche Drohungen genötigt, Beiträge in die sozialdemokratischen Wahlkassen zu zahlen. Bieleicht der bedenkliche Fall dieser Art hat sich in Groß-Nichterfelde zugetragen. Dort wurde einem Tischlermeister von seinen Gesellen bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltag aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Arbeit einstellen. Da der Tischlermeister eilige Arbeiten abzuliefern hatte und durch das Wegbleiben seiner Gesellen einen empfindlichen Schaden befürchtete, gab er dem Druck nach und hieß am Tage der Abstimmung zu Hause.

Wer die Maschinerie kennt, weiß sofort, daß es sich um eine erfindene Verleumdungsnote handelt. Ein Tischlermeister in Groß-Nichterfelde? Wer, welcher? Es ist ein beliebiger Trid solcher Notizenfabrikanten, weder genaue Namen zu nennen, noch den Ort (Straße und Nummer) zu bezeichnen. Ihre Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus beginnen meist: „Ein Schneidermeister in Köln.“ — „Ein wohlhabender Bäckermeister in Hamburg.“ — „Eine Fabrik in Westfalen.“ Auf diese Weise entgehen nämlich die Herren dem Schicksal, daß ihnen ihre Lügen als Lügen nachgewiesen werden.

Indes kann man von einfachen Arbeitern nicht verlangen, daß sie schon aus der äußeren Form einer Zeitungsnote erkennen, was von ihr zu halten ist. Unsere Genossen in Groß-Nichterfelde gaben sich deshalb die Mühe, in Groß-Nichterfelde bei allen Tischlermeistern nachzufragen, ob sich in ihrer Werkstatt dieser Fall ereignet hätte. Das Ergebnis war überraschend. Es stellte sich heraus, daß keiner der Tischlermeister Groß-Nichterfelde etwas von der Sache wußte. Die Notiz war von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen.

## Politische Uebersicht.

### Preußen in Braunschweig voran.

Das Bestreben preussischer Inlandsdiplomaten, Braunschweig dauernd dem Königreich Preußen einzuverleiben, hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Der Bundesrat hat nämlich am Donnerstag beschlossen, „seine Ueberzeugung dahin auszusprechen“, daß, solange der Herzog von Cumberland nicht feierlich und förmlich seinen Verzicht auf Hannover ausgesprochen habe, solange er oder ein Mitglied seines Hauses Ansprüche auf preussische Gebietsteile erhebe, „auch die Regierung eines andern Mitglied des herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Descendenz allen Ansprüchen auf das frühere Königreich Hannover entsaßt.“

Der Sinn dieser juristischen Casusfrage ist: „Es darf kein Cumberland sein, weil es ein Hohenzoller oder doch ein getreuer „Kofall“ Hohenzollern sein muß.“ Im übrigen aber ist der Beschluß des Bundesrats ein Unfuss sowohl in seinen tatsächlichen Voraussetzungen wie in seinen staatsrecht-

lichen Schlüssen. Ein Unfuss ist es, dem alten Herzog von Cumberland nachzusagen, er erhebe Ansprüche auf preussische Gebietsteile. Das fällt dem alten Herrn gar nicht ein, vielmehr hat er sich bloß noch immer nicht zu der patriotischen Wahrheit bekannt, daß die Enthronung seines Vaters durch den großen Berliner Wetter, die Konfiskation des Kronrums und die Annexion des Landts durch Preußen i. J. 1866 eine herrliche nationale Tat gewesen sei. Sein Sohn Ernst August aber hat den Verzicht auf Hannover, (den man von Cumberland förmlich verlangte, weil man wußte, er könne ihn ohne tiefste Selbstentwürdigung nicht erklären) mit aller wünschenswerten deutschen Bestimmtheit ausgesprochen. Aber schon damals war in der nationalliberalen und freisinnigen preussischen Regierungspresse zu lesen, daß helfe gar nichts; denn auch wenn die ganze Herzogsfamilie den Verzicht auf Hannover ausgesprochen sollte, so könne Preußen nie dulden, daß ein Waise den Thron von Braunschweig besteige.

In Preußen geschieht aber alles von „rechts wegen“, darum mußte eine Form gefunden werden, um die faktische Verhöhnung des Gottesgnadentums, die hier getrieben wird, patriotisch-rabulistisch zu verkleiden. Darum läßt man den Bundesrat seine „Ueberzeugung“ aussprechen, die die Braunschweiger staatsrechtlich nicht angeht, da die Bestimmung der Staatsform Braunschweigs und der etwaigen Thronfolge nach der Reichsverfassung seinen was angeht als die Braunschweiger selbst. Diese Vermissen fragt man aber gar nicht, ob sie die Monarchie oder die Republik haben wollen, sondern verlangt von ihnen einfach Liebe und Treue zu dem unbekanntem zukünftigen Landesvater, den Preußen über sie verhängen wird.

## Deutsche Politik.

### Die Sozialdemokratie in den Kommissionen des Reichstags.

Es wurden von der Fraktion bestimmt für: Geschäftsordnung Singer (Die); Ausschmückung des Hauses Singer; Bibliothek Die; Budget: Bebel, Ledebour, Singer. Petitionen: Ged, Sasse, Schwarz. Rechnungsprüfung: Ulrich, Seibertz. Wahlprüfung: Fischer (Genr). Arbeiterstatistik: Legien, Robert Schmidt.

Die übrigen Mitglieder der Fraktion, welche am bestimmten einzelnen Materien dieser Kommissionen interessiert sind, wechseln zur richtigen Zeit mit den ständigen Mitgliedern den Platz.

### Ueber die Religionsverhältnisse unserer Reichstagsabgeordneten.

entnehmen wir den Anshängebogen von Kürschners Deutscher Reichstag (Herm. Illiger, Berlin W. 9. Preis 60 Pf.), der am 7. März zur Ausgabe gelangt, folgende Angaben: Ihrer Konfession nach sind: 220 evangelisch (darunter 54 lutherisch, 3 reformiert), und zwar 56 Konfessionlose, 50 Nationalliberale, 25 Freisinnige, 21 Reichspartei, 17 Wirtschaftliche Vereinigung, 14 Freisinnige Volkspartei, 11 Sozialdemokraten, 8 Bildkonservative, 7 Volkspartei, 5 Reformpartei, 3 Wilde, 1 Welse, 1 Däne, 1 Estländer; 141 katholisch, und zwar 103 Zentrum, 20 Polen, 5 Estländer Zentrum, 3 Unabhängige Votbringer, 3 Nationalliberale, 2 Konfessionlose, 2 Sozialdemokraten, 1 Reichspartei, 1 Freisinniger, 1 Bild-Konservativer; 18 konfessionslos (17 Sozialdemokraten, darunter 1 religionslos, 1 Freisinniger); 5 Dissidenten (Sozialdemokraten); 5 freireligiös (4 Sozialdemokraten, 1 Wilder); 3 Israeliten (Sozialdemokraten); 2 altkatholisch (1 Nationalliberaler, 1 Reformpartei); 1 Menonit (nizalischer Bund der Landwirte); 1 nicht angegeben (Sozialdemokrat, aus prinzipiellen Gründen). 1903 wurden gewählt: 199 Evangelische, 140 Katholiken, 44 Konfessionslose und Dissidenten, 5 Freireligiöse, 4 Israeliten, 2 Altkatholiken, 1 Menonit.

### Protest gegen die Wahl Wöhles.

Wie die bürgerlichen Blätter melden, ist gegen die Wahl des Genossen Wöhle zum Reichstagsabgeordneten für Straßburg-Stadt jetzt Protest erhoben worden. Der Einspruch ist unterzeichnet von einer Anzahl Mitglieder des liberalen Wahlkomitees.

### Südtwestafrikanische Denkschrift.

Dem Reichstage ging die vom Großen Generalstab ausgearbeitete Denkschrift über den Verlauf des Aufstandes in Südtwestafrika zu. Sie schildert den Verlauf der Operationen seit November 1906 und schließt: Eine weitere Verminderung der Truppen läßt sich nur allmählich durchführen. Mit der bereits angekündigten Verminderung auf 7400 Mann bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1908 ist vielmehr die Zahlengrenze erreicht, die für die nächste Uebergangszeit nötig und auch mit Rücksicht auf das erforderliche Herausziehen der Heimatskontingente bis 1. April 1907 überhaupt möglich ist. Nach der fortschreitenden Abwicklung, vor allem aber nach der weiteren Erschließung des Landes durch Eisenbahnen wird sich das Maß der Zurückziehung der Truppen regeln müssen. — Besonders ist eine Fortführung der Bahn bis Keetmanshoop aus militärischen Gründen nach wie vor dringlich; ohne diese Bahn ist die Truppe im Süden noch immer auf die Zufuhr aus dem englischen Gebiet angewiesen. Die englische Grenze ist aber wiederholt, so auch von neuem seit Mitte Januar, von der Regierung gesperrt worden. Die Eisenbahnen sind das sicherste Mittel, um mit geringeren Truppenkräften auszukommen, und gewähren allein die Möglichkeit schneller Truppenverschiebungen im Falle einer Gefahr. Was die militärische Ent-

wicklung eines Gebietsteiles auf längere Dauer in unruhigen Zeiten bedeutet, hat die Entwicklung der nun beendeten Aufstände gelehrt.

Deshalb müssen neue Millionen bewilligt werden. Das steht zwar nicht ausdrücklich in der Denkschrift, ist aber die Quintessenz ihres Inhalts.

### Das großmütige Junkerparlament.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch, die von den Staatsanwaltschaften in Halle, Magdeburg und Erfurt nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Wolfenbüttel, Wittmack und Dornheim wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses nicht zu erteilen, da es für die Beurteilung der vorliegenden Fälle entscheidend sei, ob die Beleidigungen schon vor der Warnung, die mit der früher beschlossenen Genehmigung zur Strafverfolgung beabsichtigt sei, erfolgt seien, „was tatsächlich der Fall sei.“

Seine Verfolgung wird die sozialdemokratische Presse abhalten, das Dreiklassenparlament von Wahlrechts-Gnaden mit der Schärfe zu bekämpfen, die bei seinen Taten notwendig ist.

### Nix liberal!

Die Kreuzzeitung ist selbst von der mehr als nichtsagenden Haltung des Fürsten Billow gegen die liberalen Forderungen erbolt und berabreicht ihm einige Nachschläge:

Die erhabene Art, mit der der Reichskanzler von den Parteien in sprach, wird ihm auf keiner Seite reine Sympathien einbringen. Wir hoffen und wünschen, daß in den Parteien zwischen v. Seydewitz und Bajer ein modus vivendi hergestellt wird, aber auf eine Mischung von konservativem und liberalem Geiste wird die Welt und mit ihr Fürst Billow wohl für immer verachtern müssen. Seit Oktober 1900 hat der Reichskanzler eine leidlich konservative Politik gemacht. Jetzt will er zwar nicht liberal regieren, aber doch den liberalen Wünschen, sofern sie nicht wirtschaftspolitischer Art sind, also mehr auf geistigen Gebieten liegen, „entgegenkommen“. Wir sind gespannt darauf, wie er das mit der heutigen Arbeit, die viel konservativer ist als die des vorigen Reichstages, durchsetzen will.

Wir sind nicht gespannt darauf, weil Billow die Absicht, den Liberalen Zugeständnisse zu machen, überhaupt nicht hat.

## Badische Politik.

### Auf den Empfindlichen

spielt sich der Bad. Landeshöte hinaus, weil wir uns erlauben, ihn wegen seiner Stellung zu dem Artikel der Südd. Reichsforresp., in welchem unsere Partei und speziell unser Abgeordneter Genosse Adolf Ged in verächtlicher Weise beleidigt wurden, anzuzuschlagen. Der Bad. Landeshöte spielt sich dabei wieder als Lehrmeister des guten Tonens auf. Als ob es in diesem Falle auf den Ton ankäme, den wir dem Artikel der S. N. A. gegenüber angeschlagen haben. Gegenüber dem Bad. Landeshöte war unser „Ton“ durchaus sachlich, es lag also für dieses Blatt gar kein Anlaß vor, sich darüber zu entrüsten. Freilich darf man diese Entrüstung nicht ernst nehmen, sie ist ja nur eine Ausrufe. Die Redaktion des Bad. Landeshötes hat ja überhaupt keine Stellung zu dem Artikel der S. N. A. genommen. Bieleicht auch wegen des Tonens, den das offiziöse Blatt anzuschlagen beliebt!

Seitdem die Demokraten den Anschlag noch recht gefanden haben, sind sie sentimental geworden. Sie halten jetzt sehr viel auf „guten Ton“. Wir sind nun zwar auch keine Freunde der Klippigkeit; allein auf einen groben Mlog gehört ein grober Keil. Sentimentalität in der Politik ist immer ein Zeichen von Schwäche. Im übrigen ist es uns herzlich gleichgültig, was der Bad. Landeshöte von uns denkt und hält.

### Ein Zentrümker.

W. Bruchsal. Im benachbarten Forst ist während der Wahlzeit am politischen Himmel ein neuer „Stern“ in der Person des Landwirts Reinhold Laier ausgegangen. In einer seinerzeit im Wesen des Bürgermeisters und Farre's abgehaltenen Volksvereinsversammlung wollte dieser große „Zeitgeist“ auch sein politisches Licht leuchten lassen, das schon an Unfuss grenzt — und muß man wirklich die Zuhörer bedauern, denen solcher Kohl vorgelesen wird, denn er verkleinert der erstauten Zuhörerschaft, daß auf der Erde Fleck- und Simmentaler-Vieh, also schädliches, herumlaufe und scheidig seien auch die Parteien zusammengelegt. Des weitern Vergleich berichte die im Wahlkampf stehenden Parteien mit einem Ribfamen-Sämann (Aul); denn es sei einmal ein Bauer mit seinem Ochsengepann auf das Feld hinausgefahren und befähe drei Acker mit Ribfamen; auf dem mittleren Acker gäbhen die schönsten Ribben, während auf den zwei nebenliegenden Aekern die Ribben in bunten Farben und Größen emporwuchsen, dieses seien die andern Parteien. Aber nicht nur in den Parteien sehe es so scheidig aus, auch auf dem dortigen Rathaus. Da seien auch Leute hinaufgewählt worden (gemeint waren die leztgewählten Ausschussmitglieder aus dem Arbeiterstande), denen die — Nabelschnur noch anhängte. Freilich liebten sich die jüngstgewählten Vertreter des Arbeiterstandes im Bürgerausschuß dieser Ausdrück nicht gefallen und strengten deshalb Klage an, die mit der Verurteilung zur Abladung einiger Reichsmärktein seitens dieser Zentrümgröße endete. M



es nicht eine Unterfrentheit sondergleichen, die Vertreter des Arbeiterstandes — weil sie nicht in das Zentrum der Blasen — in solch bornierter Weise in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen? Hieraus können die hiesigen Arbeiter aufs deutlichste wieder erkennen, daß man es den Arbeitern in keiner Weise gönnt und die Arbeiter schließlich noch obendrein kein Recht haben sollen, Vertreter aus ihren Kreisen in den Bürgerauswahlgang zu senden. Und was sagten die an der Spitze der Versammlung stehenden Herren zu dieser über ihre einer öffentlichen Körperschaft angehörenden Mitglieder ausgesprochenen beleidigenden Aeußerung dieses Herrn? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Wenn diese Neugeborenen zum Teil das Schicksal der noch nicht erreichten, so besitzen diese jüngeren Auswahlmittelglieder mindestens noch mehr Willen und Anstand als obengenannter „Geistesheld“. Für einen „Bauer“ von solchem Schlag wäre es doch wahrlich viel vernünftiger, er würde vom hohen Seil der Politik herunterbleiben und das selbstgebrachte „geistige Erzeugnis“ den gebürtigen Fleisch-Bewohnern seines Stalles vorsetzen, denn diese fressen bekanntlich nicht allein Ribben und Hen, sondern auch das — — — abgedroschenste Stroh!

d. Offenburg, 28. Febr. Eine bellagene Worte Rede unter den Journalisten hielt der Leiter der geistigen Ehre unseres Vaterlandes. In der vorigen Woche brachte der Ortener Boten ohne Quellenangabe die Behauptung, das sozialistische Blatt „Der Arbeiter“ habe die Zentrumsblätter in die Hände als Käse dargelegt. Da diese tendenziöse Geschichte eine der reichsverbandlichen Ämtern ist, nagelte unter diesem Parteiprogramm den Ortener Boten nach dem Namen des Redakteurs. Was hat dies unter den Bedingungen des Reichsverbandes verzeichnete Blatt? Der Redakteur gebärt sich in einer Briefkastenskandale, als ob er weder das hiesige Volkshaus, noch den Ortener Boten jemals gesehen habe. Die Kritik sei aus den Mündchen des Reichsverbandes gekommen. Damit hat die Redaktion eines großen, das Reichsverbandes ihre Schuldigkeit getan? Doch nicht! Der Redakteur eines verlogenen, von ihm unbewiesenen Gerüchtes hat die Redaktion des Volkshaus, um damit der journalistischen Wohlankundigkeit eines Anstaltschreibers den Garaus zu machen. Darüber wird in der gebildeten Welt kein Zweifel sein, daß der Arbeiter in der Redaktion eines sozialdemokratischen Blattes für die Kultur mehr leistet, als die Fingerfertigkeit eines mit Ehre und Gummipfeil sein Lagerweil fördernden Kritikers mit amtlichen Privilegien.

### Deutscher Reichstag.

• Berlin, 1. März 1907.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Kontradmiraal Capelle bezeichnet es als unrichtig, daß Ordnungen und Anordnungen des Marineamtes zur Wahlbarkeit des Flottenvereins kommandiert worden seien.

Abg. Fürst Pasfeld (Rp.) kann sich des Eindrucks nicht erheben, daß in den Reichstagsverhandlungen die Parteipolitik einen zu großen Raum eingenommen habe. Was die Vörlagen anbelange, so glaube er, setze doch das eine fest: seitdem der Reichshandel in Getreide aufgehoben worden sei, habe jedenfalls der Handel in fernrührten geringere Preisrückgänge durchgemacht. (Sehr richtig! rechts.) In dem, was Herr v. Camp über die ausländischen Anleihen gesagt habe, sei er anderer Meinung. Unsere ganze wirtschaftliche Lage erfordere Export und im Zusammenhange damit auch Handel und Vörlagen-Beziehungen mit dem Ausland. Eine Reform des Vörlagenesetze sei also nötig. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag halte er, Redner, für nicht möglich. Weiter wendet er sich gegen die vorgelegten Aeußerungen des Abgeordneten Camp über ein Wiederzusammengehen mit dem Zentrum. Man müsse darauf sehen, daß die Majorität, die sich bei der Präsidentenwahl zusammengefunden habe, zusammenbleibe und politisch leiste. (Bewegung.) Er und seine Freunde bedauerten die Erklärung Camps. Weiter betont Redner, wie sich bei den Wahlen die gesamte Bürgerschaft aufgelehnt habe gegen die Tyrannei der Sozialdemokratie. Die Bürgerschaft wolle sich nicht die Grundlage des gemäßigten Staats- und Gesellschaftsbaus nehmen lassen und, so schlecht Redner, die bürgerlichen Klassen werden noch weiter von der Sozialdemokratie abdrücken, sofern nicht Regierung und bürgerliche Parteien noch große Fehler machen. (Rebeller Beifall.)

Abg. Semler (natl.) erklärt, aus den Worten des Abgeordneten Gröber habe ein elegischer Unterton geflungen, eine Trauer über verringertes Machtgefühl. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen) und sicherlich sei das Zentrum mit seinem Verhalten vor der Auflösung nicht im Recht gewesen, vor allem auch nicht mit der Ablehnung der Bahn bis Reimannsborn. Diese Bahn sei und bleibe für Proviant- und Truppen-Nachschube un-

### Spielplan des Groß. Hoftheaters.

- Samstag, 8. März, A. 43. La Mé, Oper in 3 Akten, Text von Edmond Goubaud und Philippe Glis, deutsch von Ferdinand Gumbert, Musik von Leo Delibes. Letzte: Henry Klambach vom Hoftheater in Wiesbaden. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
  - Montag, 10. März, C. 42. Ein idealer Gatte in 4 Akten von Oscar Wilde, ins Deutsche übertragen von A. S. Benda und G. Freyberg u. Zschernberg. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
  - Dienstag, 11. März, C. 44. Die Masken von Genetille, romantisch-lyrischer Oper in 3 Akten (4 Bildern), Musik von Robert Planquette. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
  - Donnerstag, 7. März, B. 45. Der Versuchsweniger, Originalausführung in 3 Akten von Ferd. Kallmann, Musik von Reuser. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.
  - Freitag, 8. März, C. 48. Die Orangenblüte, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Puccini, Musik: Sotte Körner vom Stadttheater in Brinn a. G. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.
  - Samstag, 9. März, A. 45. Neu einstudiert: König Richard III., Trauerspiel in 5 Akten von Shakespears. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
  - Sonntag, 10. März, B. 46. Der Barbier von Sevilla, komische Oper in 2 Akten von Rossini, A. Hofmeier, Musik: Sotte Körner vom Stadttheater in Brinn a. G. — Phantastien im Bremer Kaiserhof, phantastisches Langbild frei nach Büch, Musik, Musik von Steinmann. Anfang halb 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
  - Montag, 11. März, C. 44. Dritte- und letzte Gabel des 11. März, Hoftheaters Komab Dreher. Das Wandersnieder, eine Wandersnieder Komödie mit Gesang in 4 Akten von Heinrich Stodiger und Konrad Dreher. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
- Theater in Baden.
- Mittwoch, 6. März, B. 46. Die Masken von Genetille, romantisch-lyrische Oper in 3 Akten (4 Bildern), Musik von Robert Planquette. Anfang halb 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

erklärlich. Das Zentrum habe auf die Regierung den Zwang ausüben wollen, vom 31. März ab nicht mehr als 5000 Mann in den Kolonien zu belassen. Das sei unannehmbar gewesen. Redner hofft, daß die nationale Mehrheit sich dauernd findet, um zu verhindern, daß das Zentrum solche nationale Maßnahmen durchkreuzen könnte. Das Zentrum sei beherzt von irredeuten Machtgefühl, Gefäßigkeit und unbegrenzter Mechtberei. (Gelächter im Zentrum.) Redner widerspricht Johann der getriggen Aeußerung des Abgeordneten Gröber, daß in diesem Wahlkampf der Kulturkampf zuerst von national-liberaler Seite proklamiert worden sei. Weiter stellt Redner fest, daß das Zentrum strupellos ein Duzend Wahlkreise den Sozialdemokraten ausgeliefert habe. Den liberalen Parteien sei ja sicherlich durch die Situation eine große Verantwortung auferlegt worden. Selbstverständlich würden Konservative und Liberale an ihrer Eigenart festhalten.

Abg. Singer (Soz.): Es scheint, daß dem Abgeordneten Semler die getrigge Fete (40jähriges Parteijubiläum der Nationalliberalen) nicht gut bekommen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Eine Niederlage haben wir erlitten nur in Bezug auf Zahl unserer Mandate. (Gelächter rechts.) Unsere Stimmenzahl ist um eine Viertelmillion gewachsen. Die Abonnementszahl unserer Presse, die Mitgliederzahl unserer Organisationen ist mit einem Schlage in die Höhe geschritten wie nie zuvor. Bei der nächsten Wahl werden Sie (nach rechts) das schon verspüren. Der Reichstanzler nimmt das Recht für sich in Anspruch, in die Wahl einzugreifen. In wirklich konstitutionell regierten Ländern sind die Minister gleichzeitig Parteiführer, bei uns aber sind sie nach einem kaiserlichen Wort nichts anderes als Handlanger. So geht ihn der Wahlkampf eigentlich gar nichts an. Was der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie an gemeinen Lügen und Verdrehungen in Millionen von Flugblättern über uns verbreitet hat, übersteigt alles, was bis jetzt dagewesen ist. Redner lacht das speziell an der dem verstorbenen Abgeordneten Liebknecht in den Mund gelegten Aeußerung, die Soldaten seien nichts weiter als amehnte Tiere in Uniform, nachzuweisen.

An der Beurteilung der Gründe für unseren Mandatsverlust ist die Fraktion und die ungeheure Mehrheit der Partei mit Bebel völlig einig. Wir verbitten uns ein für allemal den Ton, den der Reichstanzler uns gegenüber anuskulagen für gut fand. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Steiferechts.) Der Reichstanzler hat sich uns gegenüber auf einen Galluntenmoral übertriebenen Artikel der Frankf. Ztg. berufen. Es wäre seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, auch die Verächtlichkeit des betr. Blattes zur Kenntnis zu bringen. Ferner hat er uns den Vorwurf der Gegenstand der Gerichtsverhandlung in Dessau war, an die Nachschöbe geknüpft. Dasselbe hat der Minister im Anhaltischen Landtag getan. Die Gerichtsverhandlungen haben ergeben, daß die Anklage des Dorfschulzen, der Nord sei erfolgt, weil der Getölte nicht für die Sozialdemokratie stimmen wollte, völlig haltlos war. Wenn Sie (zu den Blockparteien) den Mörder nun einmal einer politischen Partei anhängen wollen, dann knobeln Sie unter einander darum, welche von den Blockparteien Sie hierzu wählen wollen. (Steiferechts.) Für die Ausfertigung der fogen. Ordnungspresse hat man keine Worte des Tadel, und doch ist das, was diese Presse sich an Lügen, an Gemeinheiten, an Niederträchtigkeiten im Wahlkampf hat zu schulden kommen lassen, so ungeheuer, daß diejenigen, die mit Hilfe dieser Presse gewählt worden sind, sich wirklich ernstlich fragen sollten, ob sie ihr Mandat behalten sollten.

Man hat unserer Partei den Vorwurf gemacht, daß sie eine Reihe sozialpolitischer Gesetze abgelehnt habe. Die Konservativen wollten doch sogar das ganze Bürgerliche Gesetzesbuch ablehnen, wenn es in der Frage des Galenshabens nicht nach ihrem Willen gegangen wäre. Wieviel Gesetze aber gar die Fortschrittspartei, die Vorgängerin der heutigen liberalen Dreierpartei (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), abgelehnt hat, das brauche ich den Herren wohl nicht erst ins Gedächtnis zurückzurufen. Gumbert hat mich, daß der Reichstanzler so leichtsinnig die phantastischen Pläne übernimmt, welche der Kolonialdirektor brauchen im Bande fundgegeben hat. Wenn der Reichstanzler meinte, wir wünschten Deutschland ein neues Jena, sofern unsere Partei dabei prosperiere, so gleich er dem Abg. Semler, welcher glaubt, er bemesse Tatsachen dadurch, daß er sie behauptet. Die Aeußerung selbst steht so im Widerspruch mit der Wahrheit, daß wir vom Reichstanzler mit Bug einen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen verlangen können. (Rebeller Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Interessant waren die Ausführungen des Abg. v. Bayer, daß der Freisinn wegen der konservativen liberalen Paarung gescheitert machen wolle. Es scheint, daß der Freisinn als Morgengabe seine neue Kolonialpolitik in die Ehe mitbringt und daß die Morgengabe der Konservativen das Börsengesetz ist. (Steiferechts.) Mit der Paarung glaubt er Freisinn seine Stunde gekommen zu fassen der Abg. Spahn der Abg. Bayer den Jolinderhut aufsetzt und die Wilhelmstraße geht. Es ist natürlich, daß Eheleute solange zusammenleben, als es eben geht, aber ob das Zusammenhalten möglich ist, wenn z. B. der Abg. Camp verlangt, daß die preussische Politik auf die Reichspolitik übertragen werde, ist eine andere Frage. Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinsichtlich der Immunitätsfrage dem Abg. Erzberger gegenüber nicht die Bemerkung unterdrücken, daß er uns in dieser Frage mit seinem Verhalten vor Gericht einen sehr schäblichen Dienst erwiesen hat. (Rebeller Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Abg. Erzberger ruft: Im Gegenteil!)

Wie lange die konservativ-liberale Ehe dauern wird, davon mag ein Anzeichen sein die Bemerkung des Abg. Camp, daß Zentrum und Konservative wohl wieder zusammen kommen würden. Die Freisinnigen haben uns schon so viele Wandlungen bewiesen, daß die Nationalliberalen, die sonst sozulagen das Vater darauf haben (Steiferechts), sie darum beneiden könnten. Ueber sozialdemokratische Vorküßler so lamentieren haben diejenigen am wenigsten Anlaß, die loben in Luthers und Gittersloh den politischen Doppelt in aller Form inszeniert haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Von welcher Seite wirklich Terrorismus geübt wird, davon habe ich hier einen schlagenden Beweis. Ein Bauunternehmer in Röh hat bei der Bauarbeiterherre im Jahre 1904 die von ihm angeworbenen Arbeitswilligen photographieren lassen; hier (Redner zeigt eine große Photo-

graphie) sehen Sie die Arbeitswilligen mit dem Revolver in der Hand abgebildet. Jetzt wissen Sie, auf welcher Seite der Terrorismus liegt. (Lachen und Hurra rechts.)

Vizepräsident Kämpf bittet um Ruhe, da er den Redner nicht verstehen könne. (Abg. Dr. Arndt ruft: Wir verstehen ihn schon lange nicht.)

Abg. Singer (fortfahrend): Wenn Sie mich nicht verstehen, so liegt das nicht an meinem Organ, sondern an Ihrer geistigen Unfähigkeit, mich zu verstehen. Wir werden nach wie vor alles bekämpfen, was die besitzlosen Massen bedrückt, wir werden alles tun, was die Kultur des Volkes zu heben imstande ist. (Beifall bei den Sozialdemokr.)

Staatssekretär Graf Posadowsky befreit, daß er die ihm vom Vorwärts heute in den Mund gelegten Worte gesagt habe; die Ausführung des Programms des Reichstanzlers erfordere viele Millionen. Die sozialdemokratischen Redner sprechen wieder von Ausbeutung der Massen durch unsere Völle. Auch berufen sie sich auf das freihändlerische England. Bei uns sei die Belastung der Menge durch Völle auf notwendige Lebensmittel geringer als in dem fogen. freihändlerischen England. (Gelächter links.)

Abg. Winkler (konf.) bittet darum, daß Verfassungsveränderungen Preußens dem preussischen Landtage überlassen werden (Beifall rechts.) Bei der Polenpolitik der Regierung handle es sich nicht um eine aggressive Politik, sondern um ein depressives viel zu langsam gesehen. Da der Reichstag jetzt ein neues Gesicht habe, müsse von neuem überlegt werden, ob die Arbeitswilligen dauernd ohne Schutz gelassen werden sollen, wobei ein Stück Staatsautorität auf dem Spiel steht. Auf die Fülle eingegangener Initiativanträge eingehend be dauert Redner, daß dadurch das Ausn an wirklich fruchtbarer nutzbringender Arbeit gehindert werden solle. Seine Partei wünsche Aufrechterhaltung der monarchischen Staatsform und doch gehöre auch, daß die Initiative zu Gesetzen der Regierung geführt. (Bravo rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Rp.) erklärt, auf den Wahlkampf nur deshalb zurückkommen zu müssen, weil er neulich von Spahn schwer angegriffen worden sei, ebenso von der sozialdemokratischen Presse, dem Vorwärts, aus Anlaß der vom Vaterlichen Kurier veröffentlichten Feindschaftsbriefe. Wichtig sei nur, daß er von General Keim einen Brief erhalten habe mit der Mitteilung, daß Keim sich für seine Wahl interessiere. Er selbst habe schon vorher dem General Keim, mit dem er gelegentlich in einer Privatgesellschaft bekannt geworden sei, mündlich geraten, der Flottenverein solle doch gerade angeht die Wahl seine agitatorische Tätigkeit einstellen. Darauf habe General Keim allerdings nicht eingehen wollen. Auf jenes Schreiben Keims habe er selbst lebhaft geantwortet, wie die Verhältnisse in den beiden Wahlkreisen, in denen er kandidierte, lagen und 1903 gelegen hätten. Allein darauf habe sich keine Antwort bekräftigt. Aber daß ein Mann wie Spahn ihn deshalb so verächtlich hätte er nicht für möglich gehalten.

Nach wenigen unwesentlichen Bemerkungen des Abg. Gilsper (Abg.) legt Abg. v. Siebert (Rp.) dar, was der Reichsverband sei. Er habe sich 1903 gebildet und sei herorgegangen aus einer Bewegung des deutschen Volkes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er sei jedoch unabhängig von der Regierung. Redner setzt fort: Wir haben jetzt zwei Bundesgenossen, der eine ist der Erfolg und der andere ist der bittere Saß und Angriff, der sich der bester Kreise und besonders des Mittelstandes bemächtigt hat über den schrecklichen Terror und Vöspott von Seiten der Sozialdemokratie. Es ist eine jammervolle Sache der Sozialdemokratie. Aber diese Sache wird sich schließlich an ihnen selber machen.

Hierauf tritt Vertagung ein, worauf noch lebhaft persönliche Bemerkungen zwischen Spahn und Eichhoff folgen.

Morgen 11 Uhr Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Aus der Partei.

B. V. Eine bei Durlach, 28. Febr. Wir machen die Parteigenossen auf die heute Samstag Abend im Gasthaus zum Schwane stattfindende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines aufmerksam und bitten, recht pünktlich und zahlreich erscheinen zu wollen. Beginn bei Durlach, 28. Febr. Sonntag den 3. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum Adler Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereines statt. Angeht es der sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig. Ferner machen wir den hiesigen und auswärtigen Genossen bekannt, daß der Abenwärtig unliebsame Aeußerungen über unsere Partei gemacht hat. Auch daß derselbe den Volkstempel abbestellt. Wir bitten die hiesigen und auswärtigen Parteigenossen, nur im Adler and in der Krone zu verkehren, da dort schon jahrelang der Volkstempel anliegt. Auch sind diese beiden Birte Mitglieder unseres Vereines.

9. Wahlkreis. Die Parteigenossen des Wahlkreises werden ersucht, alle noch in ihrem Besitz befindlichen Gemeindefest und Gelder nicht abrechnung unterzulegen an den Gen. Redner, Durlach, Dausnitz, 19, einzuweisen. Der Wahlkreisvorsitzende beabsichtigt noch vor dem Landesparteitrag eine Generalversammlung des Wahlkreises einzuberufen und dort die Wahlabrechnung vorzulegen.

Grabmal, 1. März. Die Gründung einer sozialdemokr. Parteioffiziation soll am Sonntag den 3. März, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Rheinthal stattfinden. Die Arbeiter von Grabmal haben die Pflicht, sich zahlreich einzufinden.

Denkmal, 2. März. Den Genossen und Radfahrern von Denklingen, die an der Flugblattverbreitung so bereitwillig mitgeholfen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Sie haben einen schönen Erfolg gezeichnet 1906 zu verzeichnen. 1906 hatten wir 34 Stimmen, 1907 78 Stimmen; mich haben wir um 39 Stimmen zugenommen.

Konstant, 2. März. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereines werden auf die am Dienstag den 4. h. B. stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bei weggekommen. Wegen Verdringung stand der „liberale“ Landwirt Adam Rad in Schütz heim vor dem Schöffengericht zu Waanheim. Rad hatte während des Reichstagswahlkampfes einen Arbeiter, der ein sozialdemokratisches Plakat an Wads Dorf angebracht hatte, mit einem Krügel gedroht und ihm zugeworfen: „Ich schlage dir den Krügel auf den Kopf, daß das Dir rausfällt und es die Wäner fressen!“ Das Gericht sprach Rad jedoch frei, da es annahm, daß die Drohung nicht ernst gemeint war.

Einem aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten zusammengesetzten Ausschuss verordnet wird. Eine Personalveränderung ist dabei in Betracht zu ziehen: an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden hat sich Genosse Wils. Bloss kooperiert worden. Mittel des Fonds, den Herr Franz Peter in Achem verwalte, bestehen in einem Bankguthaben an die dortige Sparkasse in der Höhe von 1000 Mark, verzinstlich zu 3 1/2 Prozent. Von einem Teil dieser Finsen sind im vorigen Jahre 7000 Mark von 17,75 Mk. für gärtnerische Arbeit und für andere Zwecke verauslagt worden. Wenn die Parteigenossen etwas auszugeben, genügt die oben benannte Adresse der Verwaltung in Achem (Baustr. 17) zu schreiben. Die bürgerliche Demokratie im Wiltonfurt unter Lage hat für die Erinnerung an die Freieidgenossen doch nichts übrig.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eingen, 28. Febr. Zu den Firmen, die jahrelang in allen möglichen Winkelblättern Anzeigen schickten, gehört auch die Bieglersche Kommanufaktur in Schaffhausen. Auf ein derartiges Anzeigen meldete sich auch ein hiesiger Arbeiter und erwiderte darauf das folgende bezeichnende Schreiben:

Sie Herr ... .. Eingen.

Unter Umständen könnten wir Ihnen am nächsten frei werdende im Brennhaus subaltern Sie dauernden und sicheren Verdienst machen, aber wir müssen wissen, was Sie jetzt in Schaffhausen, bzw. bei dem Sie arbeiten oder arbeiten. — Sobald müssen Ihnen sagen, daß wir keine Arbeiter einstellen, die einer Organisations- oder Gewerkschaft angehören. Wie steht es mit? Können Sie uns auch in Schaffhausen jemand nennen, bei dem wir uns über Sie erkundigen können?

Was hat Ihre Frau in der Bieglerei gemacht? Kann sie garnieren? Wie alt sind Sie?

Anwischen zeichnen

Bieglersche Kommanufaktur von Gebr. Bieglersche Schaffhausen.

Wirklich ein reizendes Arbeitgebar hat Herr Gebrüder Bieglers. Das Schreiben ist eine solche Dreistigkeit, daß es jedem anständigen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben muß, wenn er empfohlen allen Arbeitern, einen weichen Hut und die Mutterfabrik zu machen, damit die Kommanufaktur Bieglers mit der Zeit begreifen lernen, daß die Arbeiter noch lange nicht nötig haben, das Vergnügen, in ihrer Fabrik sich abraden zu dürfen, auch noch ihre Ehre preiszugeben.

Die Schneidergesellen in Basel sind in die Lohnbewegung eingetreten und haben der Kommanufaktur ihre Forderungen unterbreitet. Sie verlangen eine durchschnittliche Erhöhung der Akkordpreise um 10 Proz. und Stellung der Kommanufaktur durch die Meister. Die Meisterhaft hat sich dahin ausgesprochen, daß sie angesichts der stetigen Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht abgeneigt ist, eine Erhöhung der Akkordpreise zuzustimmen, und erklärte sich zu Unterhandlungen mit der Lohnkommission bereit. Es wird indessen gut sein, wenn die Schneidergesellen vordringen den Platz meiden, bis die Lohnbewegung beendet.

### Badische Chronik.

#### Wörzheim.

1. März. — Viktoria-Theater. Wir werden gebeten, unsere werten Väter darauf aufmerksam zu machen, daß Mittwoch, den 6. März, das Benefiz von unserem Komiker, Herrn W. Friebe, stattfindet. Herr Friebe hat sich in den zwei Jahren seines Hierseins gewiß allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Wir wünschen dem Benefizanten ein recht volles Haus. Auch dem Karlsruher Publikum ist Herr W. Friebe als Herr Welter vom Stadtgarten-Theater-Ensemble rühmlich bekannt.

#### Freiburg.

1. März. — Auf das 42. Geschäftsjahr kann der hiesige Lebensbedürfnis- und Produktivvereines zurückblicken. Der Bericht vergleicht ein fortgeschritten Steigen der Warenpreise und gibt der Meinungs Ausdruck, daß wir in der Zeit einer ganz neuen Preisbildung stehen, die zu einer bleibenden Ausbreitung der Lebensmittel führen wird. Auch die Betriebskosten sind wesentlich gestiegen, da auch was man zum Betrieb braucht, um 10 Prozent im Durchschnitt gestiegen ist. Der Umsatz im eigenen Geschäft ist gegen das Vorjahr trotz der geringen Mitgliederzahl um 47.371,05 Mk. gestiegen, so daß ein Gesamtumsatz von 945.866 Mk. erzielt wurde. Der Umsatz pro Mitglied ist von 273 Mk. auf 282 Mk. gestiegen. Das Lieferantengeld ist um 10 Prozent dieses Jahr wieder zurückgegangen und ist es noch eine Frage der Zeit, wann dieser Geldrückgang, der eigentlich ein Fremdbörse in den Konsumgenossenschaften ist, vollständig zurückgewandt.

Die Konsumgenossenschaften müssen viel mehr betriebl sein, alle Bedarfsartikel ihrer Mitglieder selbst zu führen. Auch die Eigenproduktion muß mehr als bisher gepflegt werden. Der Verein hat auch auf diesem Gebiet wieder einen vielversprechenden Schritt gemacht, indem er die Verhältnisse von Sodanauer und Limonaden in die Hand genommen, was sich ebenso, wie die Wäderer, gut bewährt hat. Im Jahre 1905 wurde mit den Wäderer und im letzten Jahre mit den Kuffigern und Magoginern ein Lohnvertrag vereinbart. Der Ortsratung zu den für alle Konsumvereine gültigen Lohnsätze beträgt 12 1/2 Prozent. Dem Bureau- und Personal wurde vom 1. November ab eine Zulage von 10 Prozent gegeben. Für alle Mitglieder, welche nicht dem Handelsgesetz unterliegen, zählt der Verein die ganzen Versicherungsbeiträge. Das Personal erhält Ferien von 1 bis 2 Wochen. Der Verein ist Mitglied der Grobgenossenschaftskassat deutscher Konsumvereine und hat von 1904 9 Prozent seines gesamten Warenbedarfs bezogen. An Steuern zahlte der Verein im letzten Jahre 23.000 Mk. Städtische Gemeindefesteur 1862 Mk., händliche Gemeindefesteur 996 Mk., staatliche Gemeindefesteur 510,75 Mk., staatl. Einkommensteuer 812,50 Mk., Grund- und Häusersteuer 870,77 Mk., Danbelssteuerbeitrag 119,28 Mk., evangelische Kirchensteuer 147,38 Mk., katholische Kirchensteuer 147,38 Mk., mit ein mehr 1906 527,75 Mk. An händlicher Gemeindefesteur 6361,30 Mk., Summa 12.517,14 Mk.

Diese ... ..  
Die eingeleitete ... ..  
Im ... ..  
400 ... ..  
2000 ... ..  
Hiesige ... ..  
Wäderer ... ..  
Im ... ..  
Der ... ..  
Die ... ..  
Produktion ... ..  
werden ... ..  
In ... ..  
auf ... ..  
immer ... ..  
Kampfen ... ..  
und ... ..  
Verzogen ... ..  
werden ... ..  
von ... ..  
171 ... ..  
die ... ..  
Beteiligung ... ..  
Umsatz ... ..  
Die ... ..  
Leistung ... ..  
Beteiligung ... ..  
immer ... ..  
Kampfen ... ..  
und ... ..  
Verzogen ... ..  
werden ... ..  
von ... ..  
171 ... ..  
die ... ..  
Beteiligung ... ..  
Umsatz ... ..  
Die ... ..  
Leistung ... ..  
Beteiligung ... ..  
immer ... ..  
Kampfen ... ..  
und ... ..  
Verzogen ... ..  
werden ... ..  
von ... ..  
171 ... ..  
die ... ..  
Beteiligung ... ..  
Umsatz ... ..  
Die ... ..  
Leistung ... ..  
Beteiligung ... ..







